

Staatsanwaltschaft

**Kollegium der
Generalprokuratoren**

Brüssel, den 19/08/2014

**RUNDSCHREIBEN Nr. 18/2014 DES KOLLEGIUMS DER
GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN**

Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Generalprokurator,
Sehr geehrter Herr Föderalprokurator,
Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Prokurator des Königs,
Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Arbeitsauditor,

**BETRIFFT: Gemeinsames Rundschreiben des Ministers der Justiz und des
Kollegiums der Generalprokuratoren in Sachen Anwendung des Grundsatzes
der gegenseitigen Anerkennung auf in einem Mitgliedsstaat der Europäischen
Union verhängte Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die
Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen**

Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren
– Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel
Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13
E-Mail: secr.colpg@just.fgov.be

Inhaltsverzeichnis

<u>1. EINLEITUNG</u>	3
1.1. Innerstaatliche Gesetzgebung	3
1.2. Anwendungsbereich (ratione materia, personae und temporis)	3
1.3. Allgemeine Regeln	6
<u>II VERFAHREN IN SACHEN ANERKENNUNG IN BELGIEN EINES IN EINEM ANDEREN EU-MITGLIEDSSTAAT VERHÄNGTEN URTEILS UND, GEGEBENENFALLS, EINER BEWÄHRUNGSENTSCHEIDUNG UND DIE ÜBERWACHUNG DER STRAFE ODER MASSNAHME</u>	11
2.1. Befreiung von der vorherigen Zustimmung des Ministers der Justiz	11
2.2. Erfordernis der vorherigen Zustimmung des Ministers der Justiz	12
2.3. Rolle der Staatsanwaltschaft	14
2.4. Bedingungen für die für die Anerkennung in Belgien eines in einem anderen EU-Mitgliedsstaat verkündeten Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung und für die Überwachung der Strafe oder Maßnahme	14
2.5. Entscheidung auf Anerkennung und Überwachung	21
2.6. Anpassung der ausländischen Strafe oder Maßnahme	22
2.7. Anwendbare Regelung für die Überwachung der ausländischen Strafe oder Maßnahme	24
2.8. An den Ausstellungsmitgliedsstaat zu übermittelnde Informationen	25
<u>III. VERFAHREN ÜBER DIE ANERKENNUNG UND DIE ÜBERWACHUNG EINES IN BELGIEN ERLASSENEN URTEILS UND, GEGEBENENFALLS, EINER BEWÄHRUNGSENTSCHEIDUNG IN EINEM ANDEREN MITGLIEDSSTAAT DER EUROPÄISCHEN UNION</u>	27
3.1. Zuständige belgische Behörde	27
3.2. Anwendungskriterien	27
3.3. Verfahren für die Übermittlung des Urteils	28
3.4. Anwendbare Regelung für die Überwachung der Strafe oder Maßnahme	28
3.5. Angaben, die dem Vollstreckungsstaat zu übermitteln sind	30
ANLAGEN	31

I. EINLEITUNG

Das vorliegende Rundschreiben ersetzt das ministerielle Rundschreiben vom 12. September 2005 über die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen lediglich:

- für den Teil, der die Überwachung einer unter Auflagen verurteilten oder unter Auflagen freigelassenen Person betrifft;
- in den Beziehungen zwischen Belgien und den anderen Mitgliedsstaaten der europäischen Union;
- und vorbehaltlich der in Punkt 1.2. genannten Übergangsbestimmungen.

1.1. Innerstaatliche Gesetzgebung

Das vorliegende Rundschreiben behandelt die Anwendung des Gesetzes vom 21. Mai 2013 (B.S. vom 13. Juni 2013) über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union verhängte Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen (im weiteren Text „das Gesetz“).

Dieses Gesetz ist die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/947/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen (im weiteren Text „Rahmenbeschluss“) sowie - für den Teil der sich darauf bezieht - des Rahmenbeschlusses 2009/299/JI des Rates der Europäischen Union vom 26. Februar 2009 zur Änderung der Rahmenbeschlüsse 2002/584/JI, 2005/214/JI, 2006/783/JI, 2008/909/JI und 2008/947/JI zur Stärkung der Verfahrensrechte von Personen und zur Förderung der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen, die im Anschluss an eine Verhandlung ergangen sind, zu der die betreffende Person nicht erschienen ist.

In den Beziehungen zwischen Belgien und den EU-Mitgliedstaaten, die den Rahmenbeschluss 2008/947/JI umgesetzt haben, ersetzt dieses Gesetz die relevanten Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1990 über die zwischenstaatliche Überstellung von verurteilten Personen, die Übernahme und Übertragung der Aufsicht von bedingt verurteilten oder bedingt freigelassenen Personen und die Übernahme und Übertragung der Vollstreckung von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Maßnahmen (siehe Teil 1.2). Diese Bestimmungen sind zusammengefasst in den Kapiteln V des Gesetzes vom 23. Mai 1990.

1.2. Anwendungsbereich (*ratione materiae, personae und temporis*)

Das Gesetz ist am 23. Juni 2013 in Kraft getreten und gilt für in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union verhängte Urteile und Bewährungsentscheidungen. Es gilt jedoch nur gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die den Rahmenbeschluss der Europäischen Union ebenfalls in ihr innerstaatliches Recht umgesetzt haben (siehe Anlage II). Das Gesetz vom 23. Mai 1990 über die zwischenstaatliche Überstellung von verurteilten Personen, die Übernahme und

Übertragung der Aufsicht von bedingt verurteilten oder bedingt freigelassenen Personen findet also weiterhin Anwendung für die Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, sowie für die Mitgliedsstaaten, die den Rahmenbeschluss der Europäischen Union noch nicht umgesetzt haben.

Grundsätzlich findet das Gesetz Anwendung auf alle Urteile und Bewährungsentscheidungen, die eine nicht freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängen, einschließlich auf vor Inkrafttreten des Gesetzes ergangene Urteile. Da die Mitgliedsstaaten jedoch eine Erklärung beim Generalsekretariat des Rates abgeben können, die ihnen die Möglichkeit bietet, die Anwendung des Gesetzes auf unwiderrufliche Urteile zu beschränken, die ab einem bestimmten Datum verkündet werden, sind diese möglichen Einschränkungen zu berücksichtigen (siehe Anlage II). Gegebenenfalls gelten diese Einschränkungen für diese Staaten, wenn sie als Ausstellungsstaat und als Vollstreckungsstaat auftreten.

Der materielle Anwendungsbereich des vorliegenden Gesetzes wird in Artikel 3 und 4 des Gesetzes bestimmt. Die Begriffe, die im Gesetz zur Beschreibung der erwähnten nicht freiheitsentziehenden Strafen und Maßnahmen verwendet werden, sind dieselben wie im Rahmenbeschluss. Die nicht freiheitsentziehenden Strafen und Maßnahmen werden sehr weitgefasst definiert, so dass die verschiedenen Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten der europäischen Union abgedeckt werden. Dies bedeutet auch, dass andere nicht freiheitsentziehende Maßnahmen, die künftig in die belgische Gesetzgebung eingeführt werden könnten, ebenfalls unter das vorliegende Gesetz fallen würden, wenn sie einer der in Artikel 3 des Gesetzes stehenden Definitionen entsprechen.

Die nicht freiheitsentziehenden Strafen und Maßnahmen, die unter die Definition des Rahmenbeschlusses fallen sind die folgenden:

- die bedingte Freilassung, die im belgischen Recht durch das Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte geregelt ist;
- die Bewährungsstrafe, die im belgischen Recht übereinstimmt mit dem Aufschub mit Bewährungsaufgaben, so wie er im Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung geregelt ist;
- die bedingte Verurteilung, die im belgischen Recht der Aussetzung mit Bewährungsaufgaben entspricht, so wie sie im Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung geregelt ist;
- die alternative Sanktion. In Belgien fällt die Arbeitsstrafe, so wie sie im Strafgesetzbuch in Artikel 37*quinquies* vorgesehen ist, unter die Definition der alternativen Sanktion. Die elektronische Überwachung und die Bewährung¹ als eigenständige Strafen entsprechen ebenfalls der alternativen Sanktion, so

¹ Gesetz vom 10. April 2014 zur Einfügung der Bewährung als eigenständige Strafe in das Strafgesetzbuch, zur Abänderung des Strafprozessgesetzbuches und des Gesetzes vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung; Gesetz vom 8. Mai 2014 zur Abänderung der Artikel 217, 223, 224 und 231 des Gerichtsgesetzbuches.

wie sie im Gesetz definiert wird. Was die elektronische Überwachung angeht, so handelt es sich lediglich um jene, die durch das Gesetz vom 7. Februar 2014 geregelt ist, das die elektronische Überwachung als eigenständige Strafe einführt. Die elektronische Überwachung als Vollstreckungsmodalität einer Freiheitsstrafe fällt nicht in den Anwendungsbereich des vorliegenden Gesetzes.

Das Gesetz findet nur Anwendung, wenn das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung mit einer der in Artikel 4 aufgezählten Bedingungen einhergeht. Diese Bedingungen lauten wie folgt:

1. Verpflichtung der verurteilten Person, einer bestimmten Behörde jeden Wohnsitzwechsel oder Arbeitsplatzwechsel mitzuteilen;
2. Verpflichtung, bestimmte Orte, Plätze oder festgelegte Gebiete im Entscheidungs- oder Vollstreckungsstaat nicht zu betreten;
3. Verpflichtung, die Beschränkungen für das Verlassen des Staatsgebiets des Vollstreckungsstaats beinhaltet;
4. Weisungen, die das Verhalten, den Aufenthalt, die Ausbildung und Schulung oder die Freizeitgestaltung betreffen oder die Beschränkungen oder Modalitäten der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit beinhalten;
5. Verpflichtung, sich zu bestimmten Zeiten bei einer bestimmten Behörde zu melden;
6. Verpflichtung, den Kontakt mit bestimmten Personen zu meiden;
7. Verpflichtung, den Kontakt mit bestimmten Gegenständen, die von der verurteilten Person für die Begehung einer Straftat verwendet wurden oder verwendet werden könnten, zu meiden;
8. Verpflichtung, den durch die Straftat verursachten Schaden finanziell wieder gutzumachen, und/oder Verpflichtung, einen Nachweis über die Einhaltung dieser Verpflichtung zu erbringen;
9. Verpflichtung, eine gemeinnützige Leistung zu erbringen;
10. Verpflichtung, mit einem Bewährungshelfer oder einem Vertreter eines Sozialdienstes zusammenzuarbeiten, der für verurteilte Personen zuständig ist;
11. Verpflichtung, sich einer Heilbehandlung oder einer Entziehungskur zu unterziehen.

Der Rahmenbeschluss bietet den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, die Liste der Maßnahmen, die ein Mitgliedsstaat bereit ist zu überwachen, zu erweitern. Ungeachtet dieser Möglichkeit wurde diese Liste im Rahmen des vorliegenden Gesetzes nicht erweitert, dies aufgrund der Tatsache, dass in Belgien keine abgeschlossene Liste solcher Maßnahmen oder solcher Strafen besteht.

Eine zuständige belgische Behörde, die überprüfen möchte, ob ein Mitgliedsstaat von dieser durch den Rahmenbeschluss gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, muss sich auf die von den Mitgliedsstaaten abgegebenen Erklärungen beziehen (s. Anlage II).

Und schließlich findet das Gesetz nur Anwendung, wenn die verurteilte Person sich im Vollstreckungsstaat oder im Ausstellungsstaat befindet.

Es ist anwendbar unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Person (belgischer Staatsbürger, Bürger eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines Drittstaates).

1.3. Allgemeine Regeln

1.3.1. Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung

Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung innerhalb der Europäischen Union beruht auf dem Gedanken eines gemeinsamen justiziellen Raumes mit freiem Verkehr von Gerichtsentscheidungen. Die gegenseitige Anerkennung der Gerichtsentscheidungen besteht darin, dass eine in einem Mitgliedsstaat ergangene Gerichtsentscheidung volle und unmittelbare Wirkung auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Union hat und die Behörden der anderen Mitgliedsstaaten an der Vollstreckung mitwirken müssen, so als ob es sich um eine Entscheidung handelte, die von einer zuständigen Behörde des eigenen Staates getroffen worden wäre.

Dieses Gesetz bezweckt, die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf in Strafsachen verhängte Urteile und Bewährungsentscheidungen, die nicht freiheitsentziehende Strafen oder Maßnahmen auferlegen, zu ermöglichen.

1.3.2. Zwingende rechtliche Regelung – Vorherige Zustimmung des Vollstreckungsstaates

Das Gesetz bezweckt, verurteilten Personen zu ermöglichen, ihre Strafe in einem anderen Mitgliedsstaat als in dem Staat, der die Strafe verhängt hat, zu verbüßen. Das Hauptziel des Gesetzes besteht darin, die Wiedereingliederung und die Resozialisierung der verurteilten Person zu fördern, dadurch dass sie ihre Strafe in einem gewohnten kulturellen und sozialen Umfeld verbüßen kann und die räumliche Nähe dem Kontakt zu ihren Verwandten förderlich ist. Diese soziale Wiedereingliederung und Resozialisierung ist nicht nur im persönlichen Interesse der verurteilten Person. Eine gelungene Wiedereingliederung in die Gesellschaft bedeutet eine zusätzliche Sicherheit für die Gesellschaft und die Opfer und zwar dafür, dass die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung eines abweichenden Verhaltens abnimmt.

Das Gesetz geht von dem Standpunkt aus, dass die soziale Wiedereingliederung der verurteilten Person normalerweise einfacher in dem Staat ist, wo sie wohnt. Es können andere Aspekte berücksichtigt werden, um in einer konkreten Situation zu bestimmen, ob zwischen der verurteilten Person und dem Vollstreckungs-Mitgliedstaat Bindungen bestehen, die die soziale Wiedereingliederung und Resozialisierung begünstigen. Zur Beurteilung dessen, ob das Ziel der sozialen Wiedereingliederung und der Reintegration gegeben ist, nennt der Rahmenbeschluss insbesondere die folgenden Kriterien: wenn die verurteilte Person die Absicht hat, sich ohne ihr Aufenthaltsrecht zu verlieren, in einen anderen Mitgliedstaat zu

begeben, weil sie dort im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht einen Arbeitsvertrag erhalten hat, wenn sie Angehörige einer Person ist, die ihren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat hat, oder wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat ein Studium oder eine Ausbildung aufnehmen möchte.

Es ist eine ganzheitliche Beurteilung mehrerer objektiver Aspekte vorzunehmen, die für die Lage der Person kennzeichnend sind, wie unter anderem, Dauer, Art und Bedingungen des Aufenthalts, die von der Person gesprochene Sprache sowie die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, sprachlichen, familiären und anderen Beziehungen, die diese Person mit dem Vollstreckungsstaat unterhält.

Die Generaldirektion der Justizhäuser des Föderalen öffentlichen Dienstes Justiz kann vom Minister der Justiz oder von der Staatsanwaltschaft damit beauftragt werden, einen kurzen Informationsbericht zu verfassen oder eine Sozialuntersuchung durchzuführen, zur Prüfung dessen, ob die Anerkennung und die Überwachung auf belgischem Staatsgebiet zur sozialen Wiedereingliederung und gesellschaftlichen Integration der verurteilten Person beitragen würden.

1.3.3. Ziel der sozialen Wiedereingliederung und des Schutzes von Opfer und Vollstreckungsstaates

Das Gesetz sieht eine mehr oder weniger zwingende Rechtsregelung für den vollstreckenden Mitgliedsstaat und die verurteilte Person vor. Es kann zwischen drei Haupt-Situationen unterschieden werden:

- die verurteilte Person hat ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort im Vollstreckungsstaat und sie möchte dorthin zurückkehren: die vorherige Zustimmung des Vollstreckungsstaates ist nicht erforderlich;

Beispiel: Ein Staatsbürger X verbringt seinen Urlaub im Mitgliedsstaat A. Er wird einer Straftat für schuldig befunden und im Mitgliedsstaat A verurteilt. Er wohnt auf dem Gebiet des Mitgliedsstaates B und möchte dorthin zurückkehren, um seine Strafe zu verbüßen. Mitgliedsstaat A kann das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung an Mitgliedsstaat B weiterleiten, ohne vorherige Zustimmung dieses Mitgliedsstaates B. Mitgliedsstaat B muss die ausländische Verurteilung anerkennen (vorbehaltlich der Verweigerungsgründe) und muss die Strafe oder Maßnahme überwachen. Der Antrag von X schafft keine Verpflichtung für den Mitgliedsstaat A.

- die verurteilte Person hat das Staatsgebiet, auf dem sie verurteilt wurde, freiwillig verlassen, um zu ihrem gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort zurückzukehren: die vorherige Zustimmung des Vollstreckungsstaates ist nicht erforderlich;

Beispiel: ein Staatsbürger X wurde in Mitgliedstaat A in Abwesenheit durch ein Urteil und gegebenenfalls eine rechtskräftig gewordene Bewährungsentscheidung verurteilt und befindet sich in Mitgliedsstaat B, in dem er seinen gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort hat. Mitgliedsstaat A kann das Urteil an Mitgliedsstaat B übermitteln, ohne vorher die Zustimmung von Mitgliedsstaat B und ohne die Zustimmung des Staatsbürgers X einholen zu müssen. Mitgliedsstaat B muss die ausländische

Verurteilung anerkennen (vorbehaltlich der Verweigerungsgründe) und muss die Strafe oder die Maßnahme überwachen.

- die verurteilte Person möchte ihre Strafe oder ihre Maßnahme auf dem Staatsgebiet eines Mitgliedsstaates verbüßen, wo sie nicht ihren festen und gesetzlichen Wohnort hat: die vorherige Zustimmung des Vollstreckungsstaates ist erforderlich;

Beispiel: Bürger X ist in Mitgliedsstaat A zu einer Strafe oder Maßnahme verurteilt worden. X hat seinen Aufenthaltsort auf dem Staatsgebiet des Mitgliedsstaats A, möchte aber seine Strafe oder Maßnahme auf dem Staatsgebiet des Mitgliedsstaats B verbüßen. Auf Antrag von X kann Mitgliedsstaat A das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung an Mitgliedsstaat B schicken, aber Mitgliedsstaat A muss vorher die Zustimmung von Mitgliedsstaat B erhalten. Der Antrag von X führt zu keiner Verpflichtung für Mitgliedsstaat A.

1.3.4. Zwischenbehördliche Konsultierungen

Das Gesetz sieht vor, dass die zuständigen belgischen Behörden, die zuständigen Behörden des anderen betroffenen Mitgliedsstaates immer dann, wenn die Situation dies erfordert, konsultieren. Dies kann telefonisch, schriftlich, per E-Mail oder per Fax erfolgen.

Zur Ermittlung der zuständigen ausländischen Behörde bezieht die belgische Behörde sich auf die von den anderen EU-Mitgliedsstaaten vorgenommenen Notifizierungen (siehe Anlage II). Sie kann auch alle anderen ihr als angemessen erscheinenden Mittel benutzen und sich insbesondere an die Kontaktstellen des Europäischen Justiziellen Netzes wenden.

Regelmäßige und informelle Beratungen zwischen den Behörden sind zu fördern, um Zeit zu gewinnen und das Einleiten sinnloser Verfahren zu vermeiden.

Die belgische ausstellende Behörde privilegiert ganz besonders die Konsultierungen, die vor der Zusendung des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung zusammen mit der Bescheinigung erfolgen.

In der Tat müssen die Mitgliedsstaaten über zuverlässige Informationen hinsichtlich der Gesetzgebung und der Praktiken der anderen Mitgliedsstaaten verfügen, ehe sie eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet erwägen. Des Weiteren erlaubt solch eine vorherige Konsultierung, sich mit dem Kriterium der sozialen Wiedereingliederung und gesellschaftlichen Reintegration der verurteilten Person zu befassen.

Wenn eine ausländische Ausstellungsbehörde vor Zusendung der Bescheinigung die Staatsanwaltschaft konsultiert, kann diese bei dieser Gelegenheit mit einem mit Gründen versehenen Beschluss darüber befinden, dass die Anerkennung des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme in Belgien dazu beiträgt, das Ziel der sozialen Wiedereingliederung und der gesellschaftlichen Reintegration des Verurteilten zu erreichen. Zu diesem Zweck kann die Staatsanwaltschaft die Direktion der Justizhäuser des Föderalen öffentlichen Dienstes Justiz damit beauftragen, einen kurzen Informationsbericht zu erstellen oder eine Sozialuntersuchung durchzuführen.

[Wenn der Entscheidungsstaat die zuständige belgische Behörde konsultiert, erteilt letztere Informationen über das belgische Rechtssystem in Sachen Strafvollstreckung. (Anm. des Übers.: Dieser Satz steht nur in der niederländischen Fassung des Rundschreibens, nicht in der französischen).]

1.3.5. Bescheinigung

Das Urteil und, gegebenenfalls, die Bewährungsentscheidung, die eine nicht freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme auferlegen, werden zusammen mit einer von der im Ausstellungsstaat zuständigen Behörde unterzeichneten Bescheinigung übermittelt, in der die Behörde die Richtigkeit des Inhalts derselben erklärt. Diese dem Gesetz beigelegte und innerhalb der Europäischen Union einheitliche Bescheinigung ist in allen EU-Sprachen in elektronischer Form im Ompranet verfügbar.

Die von einer belgischen Behörde ausgehende Bescheinigung muss in die Amtssprache des Vollstreckungsstaates oder in eine von diesem Land akzeptierte Sprache übersetzt werden (siehe Anlage II). Das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung müssen nicht übersetzt werden.

Die an eine belgische Behörde gerichtete Bescheinigung muss in Französisch, Niederländisch, Deutsch oder Englisch übermittelt werden. Gegebenenfalls muss die eingegangene Bescheinigung gemäß Gesetz vom 15. Juni 1935 über den Sprachengebrauch in Gerichtssachen in die Verfahrenssprache übersetzt werden. Dann müssen die belgischen Behörden für diese Übersetzung sorgen. Die Übersetzung des Urteils, und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung, die der Bescheinigung beigelegt sind, kann nicht vom Ausstellungsstaat gefordert werden.

1.3.6. Kosten

Die Übernahme der durch die Überwachung einer Strafe oder einer Maßnahme in Belgien entstehenden Kosten erfolgt entsprechend den belgischen Rechtsregeln. Diese Übernahme ist folglich unterschiedlich je nach Art der verkündeten Strafe oder Maßnahme. Beispielsweise können Kosten für eine therapeutische Behandlung zu Lasten der verurteilten Person gehen.

Kosten in Verbindung mit der Verbringung in den Vollstreckungsstaat im Hinblick auf die Überwachung ihrer Strafe oder Maßnahme werden nicht von Belgien getragen.

Es erscheint notwendig, die verurteilte Person vorab diesbezüglich spezifisch zu informieren. Dies impliziert aber keinesfalls, dass die Kosten für die Verbringung zu Lasten des anderen Mitgliedsstaates gehen.

1.3.7. Einheitliche Erfassung der Angaben

Die zuständigen belgischen Behörden, das heißt die Zentralbehörde für die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz, und die Staatsanwaltschaft der verschiedenen Gerichtsbezirke sorgen für eine Erfassung der relevanten Angaben, die eine Bewertung der Anwendung des Gesetzes erlauben, wenn Belgien als Ausstellungs- oder Vollstreckungsstaat handelt.

Diese Angaben werden dem Minister der Justiz einmal jährlich, auf sein Ersuchen hin, übermittelt.

II. Verfahren in Sachen Anerkennung in Belgien eines in einem anderen EU-Mitgliedsstaat verhängten Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme

In diesem Teil werden die Regeln bestimmt, die für die Übermittlung eines Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung an die belgischen Behörden durch einen anderen EU-Mitgliedsstaat gelten, im Hinblick auf die Anerkennung und die Überwachung der Strafe oder Maßnahme auf belgischem Staatsgebiet.

2.1. Befreiung von der vorherigen Zustimmung des Ministers der Justiz

Die Regelung ohne vorherige Zustimmung ermöglicht es einem EU-Mitgliedsstaat, ein Urteil und, gegebenenfalls, eine Bewährungsentscheidung an die Staatsanwaltschaft des Ortes, wo die verurteilte Person ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort hat, zwecks Anerkennung und Überwachung zu übermitteln, ohne die vorherige Zustimmung des Ministers der Justiz einholen zu müssen.

Die Regelung ohne vorherige Zustimmung des Ministers der Justiz findet Anwendung, wenn die verurteilte Person ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort in Belgien hat.

Diese Möglichkeit bezieht sich auf die folgenden Situationen:

- die verurteilte Person möchte in den Staat zurückkehren, wo sie ihren festen und gesetzlichen Wohnsitz hat, nämlich Belgien;
- die verurteilte Person hat das Staatsgebiet, auf dem sie verurteilt wurde, freiwillig verlassen, um in den Staat zurückzukehren, wo sie ihren festen und gesetzlichen Wohnsitz hat, und zwar Belgien. Dies umfasst beispielsweise die Situation, wo die Person geflüchtet ist, um sich der Vollstreckung ihrer Strafe zu entziehen.

Zur Beurteilung dessen, ob die Person ihren gesetzlichen Wohnort auf belgischem Staatsgebiet hat, kommt das Gesetz vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente zur Anwendung. Es handelt sich also um den Ort, wo eine natürliche Person in Belgien den Bevölkerungsregistern, den Ausländerregistern oder dem Warteregister entsprechend ihren Hauptaufenthaltort hat.

Die Eintragung eines Ausländers in ein Register bedeutet nicht, dass letzterer ein Aufenthaltsrecht hat. Nach Artikel 19 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern (nachstehend „Gesetz vom 15. Dezember 1980“) hat nämlich ein Ausländer, der Inhaber eines gültigen belgischen Aufenthalts- oder Niederlassungsscheins ist und das Land verlässt, ein Jahr lang das Recht, ins Königreich zurückzukehren.

Ausländer, die voraussehen, dass ihre Abwesenheit vom Königreich über die Gültigkeitsdauer ihres Aufenthaltsscheins hinaus dauern wird, können eine vorzeitige Verlängerung oder Erneuerung ihres Scheines erhalten.

Ausländer, die aufgrund von Artikel 15*bis* des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten besitzen, verlieren ihr Recht auf Rückkehr in das Königreich nur, wenn sie sich während eines Zeitraums von zwölf aufeinander folgenden Monaten nicht auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgehalten haben oder das Königreich vor mehr als sechs Jahren verlassen haben.

Nach Artikel 19 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 verlieren Ausländer, denen der Aufenthalt in Anwendung von Artikel 61/27 erlaubt ist und die im Anschluss die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erhalten haben, ihr Recht auf Rückkehr nach Belgien nur, wenn sie sich während eines Zeitraums von vierundzwanzig aufeinander folgenden Monaten nicht auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgehalten haben.

An dieser Stelle wird auch verwiesen auf den Königlichen Erlass vom 7. August 1995 zur Festlegung der Bedingungen und Fälle, in denen einem Ausländer, dessen Abwesenheit vom Königreich mehr als ein Jahr beträgt, die Rückkehr erlaubt werden kann.

Der gewöhnliche Wohnort wird definiert als der Ort, an dem eine natürliche Person hauptsächlich ansässig ist, auch bei nicht vorhandener Eintragung und unabhängig von einer Aufenthalts- oder Niederlassungsgenehmigung.

Die Bestimmung des Hauptwohnortes basiert auf einer tatsächlichen Situation, das heißt auf der Feststellung eines tatsächlichen Aufenthalts in einer Gemeinde während des größten Teils des Jahres.

Diese Feststellungen erfolgen auf der Grundlage verschiedener Elemente; dies sind der Ort, zu dem sich der Betreffende nach seiner beruflichen Beschäftigung begibt, der Ort, wo die Kinder zur Schule gehen, der Arbeitsplatz, der Energieverbrauch und die Telefongebühren, der gewöhnliche Aufenthalt seines Ehegatten oder der anderen Familienmitglieder².

Da das Gesetz einen gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort gleichzeitig verlangt, sind folgende Kriterien zu berücksichtigen: die Eintragung in eines der vorgenannten Register, die Konzentration der Interessen dieser Person gepaart mit einer bestimmten Dauer und dem Vorhaben zu einer beständigen Niederlassung. Es sind die tatsächlichen Umstände, die bestimmen, ob eine Person einen festen Wohnort hat oder nicht.

Außerhalb dessen kann die Übermittlung des Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung mitsamt der Bescheinigung durch die ausländische Behörde an die Staatsanwaltschaft des gesetzlichen Wohnortes der verurteilten Person nur nach vorheriger Zustimmung des Ministers der Justiz erfolgen.

2.2. Erfordernis der vorherigen Zustimmung des Ministers der Justiz

Bevor das Urteil und, gegebenenfalls, die Bewährungsentscheidung zusammen mit der Bescheinigung durch eine ausländische Behörde an die Staatsanwaltschaft des

² Königlicher Erlass vom 16. Juli 1992 über die Bevölkerungsregister und das Ausländerregister, der die allgemeinen Grundsätze für das Führen dieser Register enthält.

Ortes, wo die verurteilte Person zu wohnen wünscht, übermittelt wird, ist die Zustimmung des Ministers der Justiz einzuholen. Dies gilt nicht für die in Punkt 2.1. (Artikel 5, §3 des Gesetzes) erwähnten Fälle.

Bei seiner Entscheidung berücksichtigt der Minister der Justiz (Zentralbehörde für die Internationale Zusammenarbeit in Strafsachen des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz, nachstehend „Zentralbehörde“) folgende Kriterien, die vereint sein müssen:

1) die verurteilte Person darf keine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen;

Die Prüfung erfolgt Fall pro Fall auf der Grundlage insbesondere von Informationen, die bei der Föderalen Polizei (Allgemeine Nationale Datenbank), bei der Föderalen Staatsanwaltschaft und bei der Staatssicherheit (Datenbank) angefragt werden.

2) die verurteilte Person muss die Bedingungen in Verbindung mit der Einreise ins belgische Staatsgebiet und dem Aufenthalt dort gemäß Gesetz vom 15. Dezember 1980 erfüllen;

Wenn die verurteilte Person kein belgischer Staatsangehöriger ist, kann die Zentralbehörde das Ausländeramt damit beauftragen, ein mit Gründen versehenes Gutachten abzugeben, um in Erfahrung zu bringen, ob die Person über ein Aufenthaltsrecht oder eine Aufenthaltserlaubnis verfügt.

3) das Vorhandensein offensichtlicher Elemente, aufgrund deren die Strafe oder die Maßnahme auf belgischem Staatsgebiet nicht gemäß dem belgischen Rechtssystem vollstreckt werden kann.

Hier werden hauptsächlich Strafen oder Maßnahmen ins Auge gefasst, die im belgischen Recht unbekannt sind und offensichtlich nicht angepasst werden könnten.

4) die Anerkennung und die Überwachung der Strafe und der Maßnahme muss dazu beitragen, das Ziel der Resozialisierung und der sozialen Wiedereingliederung der verurteilten Person auf belgischem Staatsgebiet zu erreichen.

Zu diesem Zweck kann die Zentralbehörde die Generaldirektion der Justizhäuser des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz damit beauftragen, einen kurzgefassten Informationsbericht zu verfassen oder eine Sozialuntersuchung vorzunehmen.

Die Zentralbehörde informiert die zuständige Behörde des Ausstellungsstaates über die ministerielle Entscheidung, sobald diese getroffen ist. Enthält diese Entscheidung die vorherige Zustimmung, wird auch die Staatsanwaltschaft des Ortes, wo die verurteilte Person zu wohnen wünscht, informiert.

Wenn die Ausstellungsbehörde der Staatsanwaltschaft das Urteil und die Bescheinigung zuschickt, ohne die vorherige Zustimmung einzuholen, obwohl diese Zustimmung erforderlich ist, muss die Staatsanwaltschaft die Dokumente sofort an die Zentralbehörde schicken, dies im Hinblick auf die Erleichterung der Zusammenarbeit.

2.3. Rolle der Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft des Ortes, an dem die verurteilte Person ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort hat, oder, je nach Fall, die Staatsanwaltschaft des Ortes, wo diese sich niederlassen möchte, wird durch das Gesetz zur Vollstreckungsbehörde bestimmt (Artikel 14 des Gesetzes). Dies bedeutet, dass sie die einzige befugte Behörde ist, um über die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und über die Überwachung der ausländischen Strafe oder Maßnahme zu entscheiden.

Zwecks Erleichterung der Zusammenarbeit und zur Vermeidung von Verzug übermittelt eine belgische Behörde, die ein Urteil und, gegebenenfalls, eine Bewährungsentscheidung zusammen mit der Bescheinigung erhält, für die sie nicht zuständig ist, diese von Amts wegen an die zuständige Staatsanwaltschaft (Dienst „Vollstreckung“) und sie informiert die Ausstellungsbehörde darüber.

Wenn die zuständige Staatsanwaltschaft, Artikel 16 des Gesetzes gemäß, spontan oder anlässlich vorheriger Konsultierungen mit der ausstellenden Behörde eine Stellungnahme über die Resozialisierung und die gesellschaftliche Wiedereingliederung der verurteilten Person abgibt, holt sie bei den zuständigen Verwaltungsdiensten und insbesondere bei der Generaldirektion der Justizhäuser des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz alle sachdienlichen Informationen ein. Diesbezüglich kann sie die Generaldirektion der Justizhäuser des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz damit beauftragen, einen kurzgefassten Informationsbericht abzufassen oder eine Sozialuntersuchung durchzuführen.

In dem Fall, wo die vorherige Zustimmung des Ministers der Justiz erteilt werden muss, übermittelt die zuständige Staatsanwaltschaft auch eine Abschrift ihrer Stellungnahme an die Zentralbehörde für internationale Zusammenarbeit in Strafsachen des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz.

2.4. Bedingungen für die Anerkennung in Belgien eines in einem anderen EU-Mitgliedsstaat verkündeten Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung und für die Überwachung der Strafe oder Maßnahme

Um ihre Entscheidung auf Anerkennung und Überwachung zu treffen, prüft die zuständige Staatsanwaltschaft die Einhaltung der Bedingungen zur Anwendung des Gesetzes und das eventuelle Vorliegen eines Verweigerungsgrundes. Die im Gesetz vorgesehenen Verweigerungsgründe sind entweder zwingend (Artikel 11 und 12 des Gesetzes) oder fakultativ (Artikel 13 des Gesetzes).

Beispiel: Ein belgischer Staatsangehöriger wurde in Schweden zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Er verbüßt die Hälfte seiner Strafe und wird dann unter Auflagen freigelassen und ihm werden verschiedene Maßnahmen auferlegt, wie jene, bestimmte Ort nicht aufzusuchen, sich regelmäßig bei einem Sozialdienst zu melden und sich psychiatrisch betreuen zu lassen. Die schwedischen Behörden übermitteln das Urteil und die Bescheinigung an ihre belgischen Amtskollegen zwecks Überwachung der Bewährungsmaßnahmen. Liegt keiner der in den Artikeln 11 bis 13 des Gesetzes aufgezählten Verweigerungsgründe vor, muss die Staatsanwaltschaft

das schwedische Urteil anerkennen und akzeptieren, die Bewährungsmaßnahmen auf belgischem Staatsgebiet zu überwachen.

2.4.1. Grundvoraussetzungen

2.4.1.1. Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit

Paragraph 1 von Artikel 11 des Gesetzes behandelt den Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit, das heißt die Überwachung der ausländischen Strafe oder Maßnahme wird verweigert, wenn die Taten, für die das Urteil verhängt wurde, keine Straftat im belgischen Recht darstellen. Zur Überprüfung des Erfordernisses der beiderseitigen Strafbarkeit ist eine Bewertung *ex nunc* vorzunehmen. Es ist also der belgischen Gesetzgebung Rechnung zu tragen, die zum Zeitpunkt des Erhalts des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung, zusammen mit der Bescheinigung, gilt.

Aus Artikel 17 Absatz 2 des Gesetzes (Artikel über die Anpassung) geht hervor, dass dieselbe Regel angewendet werden muss, wenn die Taten, für die das Urteil ergangen ist, nach belgischem Recht mit einer Freiheitsstrafe oder mit einer anderen Strafe oder Maßnahme als die in diesem Gesetz erwähnten geahndet werden können.

2.4.1.2. Ausnahme zu dem Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit

Der zweite Paragraph von Artikel 11 enthält eine grundsätzliche Ausnahme zum Grundsatz der Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit für eine Liste mit 32 festgelegten Straftaten. Für die 32 aufgezählten Straftaten erfolgt keine Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit, vorausgesetzt die Straftaten werden im Ausstellungsstaat mit einer maximalen Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren geahndet.

Der Gedanke dahinter ist, dass die in dieser Liste enthaltenen Taten vorrangige Bereiche bei der Annäherung in der Europäischen Union darstellen oder wesentliche Straftaten des Strafrechts aller Mitgliedsstaaten betreffen, so dass es wenig wahrscheinlich ist, dass sich die Frage nach der beiderseitigen Strafbarkeit stellt, um so mehr als sie außerdem in dem Staat, in dem das Urteil und, gegebenenfalls, die Bewährungsentscheidung verkündet wurden, mit einer Freiheitsstrafe von einer bestimmten Dauer geahndet werden müssen.

Die in der Liste enthaltenen Straftaten werden nicht strafrechtlich qualifiziert, sondern generisch betrachtet und umfassen eine Anzahl krimineller Bereiche. Für diese Taten nimmt die Staatsanwaltschaft eine marginale Kontrolle vor.

Es ist also Aufgabe der Staatsanwaltschaft zu prüfen, ob die Tat, die dem Urteil und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung zugrunde liegt, generisch betrachtet, eine der Taten aus der Liste ist. Sie prüft dies auf der Grundlage der Darstellung des Sachverhalts, der in der Bescheinigung aufgeführt ist.

Sobald die Staatsanwaltschaft festgestellt hat, dass die Tat in der Liste vorkommt, hat sie sich an die Definition der in Rede stehenden Tat durch das Gesetz des Ausstellungsstaat zu halten, das heißt an die Tatbestandsmerkmale, so wie sie in dieser Gesetzesvorschrift vorgesehen sind, und sie prüft nicht die beiderseitige Strafbarkeit der Tat.

Paragraph 4 von Artikel 11 stellt eine Ausnahme von der Ausnahme dar: er schließt aus der Liste von Paragraph 2 Schwangerschaftsabbruch oder Sterbehilfe aus, auch wenn diese im Recht des Ausstellungsstaates als vorsätzliche Tötung oder schwere vorsätzliche Körperverletzung qualifiziert werden würden, und obwohl vorsätzliche Tötung und vorsätzliche Körperverletzung in die Liste mit den 32 Straftaten aufgenommen worden ist. Die Vollstreckung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung darf auf keinen Fall erfolgen, wenn diese Taten im belgischen Recht nicht unter Strafe gestellt werden.

Des Weiteren kann gemäß Paragraph 3 von Artikel 11 der Grundsatz der Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit nicht angewendet werden in Steuer-, Zoll- und Währungsangelegenheiten. Die Staatsanwaltschaft muss feststellen, dass die Taten, die der Verurteilung zugrunde liegen, sich tatsächlich auf steuerrechtliche Verstöße beziehen im Sinne von Verstößen in Sachen Abgaben und Steuern, Zollrechte und Devisen.

2.4.2. Verweigerungsgründe

2.4.2.1. Zwingende Verweigerungsgründe

A) Grundsatz des „ne bis in idem“ (Artikel 12.1.)

Die Vollstreckung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder Maßnahme werden verweigert, wenn sie mit dem Grundsatz des „ne bis in idem“ unvereinbar sind. Diese Bedingung ist relativ in dem Sinne, dass keine Prüfung von Amts wegen durch die vollstreckende Justizbehörde verlangt wird; dies würde den Mechanismus verlangsamen: Wenn dieser Grundsatz von der verurteilten Person geltend gemacht wird und sie der Staatsanwaltschaft die erforderlichen Angaben vorlegt, zur Beurteilung dessen, ob der Grundsatz im vorliegenden konkreten Fall Anwendung findet, muss die Staatsanwaltschaft dementsprechend handeln. Das „Relative“ dieser Bedingung - nicht auf inhaltlicher Ebene wohl aber auf Verfahrensebene - erklärt sich aus der Dynamik der gegenseitigen Anerkennung, aufgrund deren die inhaltliche Prüfung in der Hauptsache im Ausstellungsstaat stattfindet.

B) Immunität (Artikel 12.2)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme werden verweigert, wenn das belgische Recht eine Immunität vorsieht, die die Vollstreckung der Entscheidung unmöglich macht.

C) Alter der verurteilten Person (Artikel 12, 3.)

Die Anerkennung der Strafe und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung, und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme werden verweigert, wenn die Person aufgrund ihres Alters zum Zeitpunkt der Tat strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Das für die Strafmündigkeit erforderliche Alter wird grundsätzlich nach belgischem Recht beurteilt.

Allerdings ist in Bezug auf die Vollstreckung eines Urteils einen Minderjährigen betreffend die Rechtsprechung des Kassationshofes zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Gesetzes vom 19. Dezember 2003 über den europäischen Haftbefehl war der Kassationshof in seinem Entscheid vom 6. Februar 2013 der Ansicht, dass außer im Falle von Verkehrsübertretungen, die derzeitige Formulierung von Artikel 4, 3. des Gesetzes vom 19. Dezember 2003 über den europäischen Haftbefehl, nämlich *„wenn die Person, gegen die der Europäische Haftbefehl ergangen ist, nach belgischem Recht aufgrund ihres Alters für die Taten, die dem Europäischen Haftbefehl zugrunde liegen, noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann,“* die Überstellung einer im Ausland verurteilten Person, die zum Zeitpunkt der Taten das achtzehnte Lebensjahr nicht erreicht hatte, verhindert. Der Gerichtshof gibt des Weiteren an, dass kein Grund dafür bestehe, zu prüfen, ob die im europäischen Haftbefehl aufgeführten Taten in den Anwendungsbereich von Artikel 57bis des Gesetzes vom 8. April 1965 fallen – insbesondere die Bedingungen zur Abgabe einer Sache eines Minderjährigen, da es sich um eine Angelegenheit handelt, in der ein Urteil im Ausland ergangen ist, in deren Rahmen das in Artikel 57bis erwähnte Verfahren in der Praxis nicht anwendbar ist (P.13.0172.F).

In seinem Entscheid vom 11. Juni 2013 (P.13.0780.N) hat der Kassationshof – im Plenum tagend – den vorgenannten Entscheid nicht in Gänze bestätigt. Der Kassationshof sagte, dass der belgische Richter – wenn er eine Entscheidung über die Vollstreckung eines europäischen Haftbefehls fällt, nicht die Befugnis habe, eine Entscheidung hinsichtlich des Strafverfahrens zu treffen. Außer der Beurteilung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ist jegliche vorherige Beurteilung der Angemessenheit einer Betreuungs-, einer Schutz oder einer Erziehungsmaßnahme ausgeschlossen, um zu wissen, ob eine Abgabe der Sache auf der Grundlage von Artikel 57bis des Gesetzes über den Jugendschutz zu verkünden ist oder nicht.

Der Kassationshof kommt zu dem Schluss, dass die Überstellung einer Person, die zum Zeitpunkt der Taten sechzehn Jahre oder älter ist, für Taten, die als versuchter Totschlag qualifiziert werden, nicht von einer Entscheidung zur Abgabe der Sache abhängt und dass diese Person im Sinne von Artikel 4, 3. des Gesetzes über den europäischen Haftbefehl strafrechtlich verantwortlich gemacht werden kann.

Ansesichts der Ähnlichkeit des betreffenden Verweigerungsgrundes kann die Rechtsprechung auf das vorliegende Gesetz Anwendung finden.

Der Rechtsprechung des Kassationshofes vom 11. Juni 2013 entsprechend wird der in Artikel 12, 3. des Gesetzes genannte zwingende Verweigerungsgrund ausdrücklich auf die Personen beschränkt, die zum Zeitpunkt der Begehung der Taten, die dem ausländischen Urteil und, gegebenenfalls, der ausländischen Bewährungsentscheidung zugrunde liegen, das Alter von sechzehn Jahren noch nicht erreicht haben.

D) Verjährung (Artikel 12,4.)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung, und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme werden verweigert, wenn die Strafe nach belgischem Gesetz verjährt ist³.

³ Artikel 91 bis 96 des Strafgesetzbuches; Artikel 18 des Gesetzes vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung.

Der Rahmenbeschluss der Europäischen Union strebt an, dass die Überwachung der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme in dem Mitgliedsstaat erfolgt, in dem die Aussicht auf Resozialisierung der verurteilten Person am besten ist.

Von dieser Zielsetzung ausgehend können im Ausland vollzogene Handlungen zur Unterbrechung der Verjährung der Strafe oder der Maßnahme oder Umstände, die zu einer Aussetzung der Vollstreckung der Strafe oder Maßnahme führen, berücksichtigt werden, vorausgesetzt sie zeitigen in belgischem Recht eine ähnliche Wirkung.

Ansonsten gilt in Sachen Verjährung die Rechtsprechung der belgischen Gerichtshöfe und Gerichte.

E) Nicht-Übereinstimmung mit dem belgischen Rechts- oder Gesundheitswesen (Artikel 12, 5.)

Die Vollstreckung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme werden verweigert, wenn sie eine Maßnahme der psychiatrischen oder medizinischen Pflege oder eine andere nicht freiheitsentziehende Maßnahme umfassen, die - selbst nach Anpassung aufgrund von Artikel 17 des Gesetzes - nicht gemäß dem belgischen Rechts- oder Gesundheitssystem auf belgischem Staatsgebiet vollstreckt werden kann.

F) Gefährdung von Grundrechten (Artikel 12.6.)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung wird verweigert, wenn ernsthafte Gründe zu der Annahme vorliegen, dass die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme die Grundrechte der betreffenden Person – wie in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union verankert – gefährden könnte.

Dieser Artikel 6 verweist auf die Einhaltung der Grundrechte - so wie sie durch die Europäische Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten garantiert werden - sowie auf die gemeinsamen verfassungsrechtlichen Traditionen der Mitgliedsstaaten.

Es ist nicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft systematisch den Grad an Schutz der Grundrechte im Ausstellungsstaat zu prüfen. Solch eine Prüfung würde dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung, den das Gesetz ja umsetzt, zuwiderlaufen. Man geht von einer Annahme zugunsten des Ausstellungsstaates aus, dass dieser die Grundrechte einhält. Der Kassationshof hat in seinem Entscheid vom 7. Dezember 2011 (P.11.1954.F) erklärt, dass die Verweigerung (der Übergabe, in dem Fall) ausschließlich durch ausführliche Erkenntnisse gerechtfertigt werden kann, die eine offensichtliche Gefährdung der Rechte der Person aufzeigen und die die Annahme der Einhaltung dieser Rechte durch den Ausstellungsstaat widerlegen können.

Der Verweigerungsgrund wegen Gefährdung der Grundrechte kann also nur unter außergewöhnlichen Umständen angewendet werden und nur in dem Fall, wo die Vollstreckung der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme in Belgien zu einem offensichtlichen Verstoß gegen die Grundrechte der verurteilten Person führen würde.

G. Nichtvorliegen der vorherigen Zustimmung (Artikel 12, 7. und 12.8)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder Maßnahme werden verweigert, wenn die vorherige Zustimmung des Ministers der Justiz erforderlich ist, diese aber nicht erteilt wurde.

Die vorherige Zustimmung des Ministers der Justiz ist nicht erforderlich, wenn die in einem anderen EU-Mitgliedsland verurteilte Person ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort in Belgien hat.

2.4.2.2. Fakultative Verweigerungsgründe

Die Vollstreckung des ausländischen Urteils und, gegebenenfalls, der ausländischen Bewährungsentscheidung kann auch auf der Grundlage folgender von der Staatsanwaltschaft zu beurteilenden Gründe verweigert werden.

Wenn die Staatsanwaltschaft einen der fakultativen in Artikel 13 genannten Verweigerungsgründe anführt, kann sie dennoch - in Übereinstimmung mit dem Ausstellungsstaat - die Überwachung der Bedingungen, die mit dem Urteil oder, gegebenenfalls, mit der Bewährungsentscheidung einhergehen, in Belgien akzeptieren. In diesem Fall ist die Staatsanwaltschaft nicht zuständig für die Ergreifung von Folgemaßnahmen, wenn die verurteilte Person die auferlegten Bedingungen nicht einhält oder in der Bewährungszeit eine neue Straftat begeht. Sie muss den Ausstellungsstaat über jede Nichteinhaltung der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme informieren, und zwar mittels des in Anlage 2 zum vorliegenden Gesetz beigefügten Formulars und unter Einhaltung der Formvorschriften.

A) Ort, an dem die Straftat begangen wurde – Territorialitätsprinzip (Artikel 13 §1, 1.)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme können aufgrund der Territorialitätsklausel verweigert werden, wenn das Urteil und, gegebenenfalls, die Bewährungsentscheidung sich auf Straftaten beziehen, die - nach belgischem Recht betrachtet - ganz oder zu einem großen oder wesentlichen Teil auf belgischem Staatsgebiet verübt wurden.

Dieser Verweigerungsgrund darf nur ausnahmsweise und fallbezogen zur Anwendung kommen, wobei die besonderen Umstände jedes einzelnen Falls zu berücksichtigen sind.

So ist dieser Verweigerungsgrund nicht anzuwenden in dem Fall, wo die Taten von den belgischen Behörden beim Ausstellungsstaat angezeigt wurden oder wenn die belgischen Behörden, nach Kenntnisnahme der im Ausland eingeleiteten Strafverfolgung, beschlossen haben, nicht zu verfolgen.

B) Dauer der Strafe (Artikel 13 §1, 2.)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme können verweigert werden, wenn die Dauer der nicht freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme weniger als sechs Monate beträgt.

Dieser Verweigerungsgrund bezweckt die Vermeidung dessen, dass ein Verfahren zur Anerkennung einer Strafe oder Maßnahme eingeleitet wird, für die die vollstreckbare Restdauer zu kurz ist.

Unter dem Begriff Dauer kann Folgendes verstanden werden: die Fälle, in denen die Vollstreckungsfrist einer Strafe oder Maßnahme, für die eine bestimmte Anzahl Stunden verhängt wurde, weniger als sechs Monate beträgt. Im Prinzip muss jede nicht freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme innerhalb eines bestimmten ausdrücklich angegebenen Zeitraums vollstreckt werden. Als Beispiel kann Artikel 37ter des Strafgesetzbuches angeführt werden; dieser regelt die Arbeitsstrafe und sieht vor, dass diese binnen zwölf Monaten nach dem Tag, an dem die gerichtliche Entscheidung rechtskräftig geworden ist, vollstreckt werden muss. Die Arbeitsstrafe beträgt mindestens zwanzig Stunden und höchstens dreihundert Stunden.

C) In Artikel 4 aufgeführte Bedingungen (Artikel 13, §1, 3.)

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme können verweigert werden, wenn die mit dem Urteil und, gegebenenfalls, mit der Bewährungsentscheidung, einhergehenden Bedingungen nicht in die in Artikel 4 des Gesetzes genannte Liste aufgenommen worden sind.

In Artikel 4 werden die mit dem Urteil und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung einhergehenden Bedingungen, für die jeder Mitgliedsstaat die Überwachung und die Betreuung gewährleisten können muss, erschöpfend aufgeführt.

D) In Abwesenheit ergangenes Urteil (Artikel 13, §1, 4.)

Artikel 13 §1, 4. legt in kohärenter Art und Weise die Bedingungen fest, unter denen die Anerkennung eines Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung und die Überwachung einer nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme, die am Ende eines Prozesses, zu dem der Betreffende nicht persönlich erschienen ist, verhängt wurden, nicht verweigert werden können. Es geht nicht um alternative Bedingungen.

Grundsätzlich kann die Überwachung der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme verweigert werden, wenn der Bescheinigung zufolge die betreffende Person nicht persönlich zur Verhandlung, die zu der Entscheidung geführt hat, erschienen ist. Jedoch kann die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung, die am Ende einer Verhandlung, zu der der Betreffende nicht persönlich erschienen ist, ergangen sind, nicht verweigert werden, wenn er persönlich geladen wurde und von dem Datum und dem Ort der Verhandlung, die zu der Entscheidung geführt hat, Kenntnis hatte oder wenn er offiziell und tatsächlich

mit anderen Mitteln über das für diese Verhandlung festgelegte Datum und den festgelegten Ort informiert wurde, so dass zweifelsfrei nachgewiesen ist, dass er von der vorgesehenen Verhandlung Kenntnis hatte. Diesbezüglich muss der Betreffende die Notifizierung „rechtzeitig“ erhalten haben, was bedeutet lange genug im Voraus, damit er bei der Verhandlung anwesend sein kann und sein Recht auf Verteidigung tatsächlich wahrnehmen kann. Die betreffende Person muss ebenfalls davon in Kenntnis gesetzt worden sein, dass eine Entscheidung ergehen kann, wenn sie nicht zu der Verhandlung erscheint.

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung, die am Ende einer Verhandlung, zu der die betreffende Person nicht persönlich erschienen ist, ergangen sind, kann nicht verweigert werden, wenn die betreffende Person Kenntnis von der anstehenden Verhandlung hatte und ihre Verteidigung bei der Verhandlung durch einen Rechtsberater erfolgte, den sie zu diesem Zweck ermächtigt hat, so dass der Rechtsbeistand konkret und tatsächlich erfolgt. In diesem Kontext ist es nicht von Belang, ob der Rechtsbeistand von der betreffenden Person gewählt, benannt und entlohnt wurde oder vom Staat benannt und entlohnt wurde, da davon ausgegangen wird, dass die betreffende Person sich bewusst dafür entschieden haben muss, sich von einem Rechtsbeistand vertreten zu lassen, statt persönlich zur Verhandlung zu erscheinen. Die Benennung des Rechtsberaters und die damit verbundenen Angelegenheiten fallen unter das nationale Recht.

Die Anerkennung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme werden nicht verweigert, wenn – laut Bescheinigung – die betreffende Person, nachdem ihr die Entscheidung zugestellt und sie ausdrücklich von ihrem Recht auf ein neues Urteilsverfahren oder auf ein Berufungsverfahren, an dem sie teilnehmen kann und bei dem die Sache selbst unter Berücksichtigung neuer Beweismittel erneut geprüft und die ursprüngliche Entscheidung aufgehoben werden kann, in Kenntnis gesetzt worden ist und sie ausdrücklich erklärt hat, dass sie diese Entscheidung nicht anfecht und sie innerhalb der angegebenen Frist kein neues Urteilsverfahren oder Berufungsverfahren beantragt hat.

E) Unvollständige Bescheinigung oder nicht mit dem Urteil übereinstimmende Bescheinigung (Artikel 13 §2)

Wenn die Staatsanwaltschaft der Auffassung ist, dass sie nicht über genügend Angaben verfügt, um die Anerkennung des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung und die Überwachung der Strafe oder Maßnahme zu erlauben, räumt sie der ausstellenden Behörde eine angemessene Frist ein, um die Bescheinigung zu vervollständigen oder zu berichtigen. Diese zusätzliche gewährte Frist führt zum Aufschub der Entscheidung über die Anerkennung und Überwachung aufgrund von Artikel 19 des Gesetzes.

Die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme kann verweigert werden, wenn die Angaben nicht innerhalb der gewährten Frist an die Staatsanwaltschaft übermittelt werden.

2.5. Entscheidung auf Anerkennung und Überwachung

Die Entscheidung, das Urteil und, gegebenenfalls, die Bewährungsentscheidung anzuerkennen und die ausländische Strafe oder Maßnahme zu überwachen, muss so schnell wie möglich und spätestens binnen sechzig Tagen nach Versendung des Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung mitsamt Bescheinigung durch die Staatsanwaltschaft getroffen werden. Die Staatsanwaltschaft setzt den Ausstellungsstaat unverzüglich davon in jedweder Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht, in Kenntnis (Art. 22, 2. und 3. des Gesetzes).

Im Rahmen des Gesetzes wurden Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft zugunsten der verurteilten Person, die sich auf belgischem Staatsgebiet befindet, vorgesehen.

Folglich ist es wichtig, dass die Staatsanwaltschaft rasch über die Anerkennung und die Überwachung befindet, damit etwaige eingelegte Rechtsmittel nicht dazu führen, dass die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage ist, eine endgültige Entscheidung innerhalb der grundsätzlichen Frist von sechzig Tagen zu treffen.

Beispiel: Das Treffen einer Entscheidung binnen einer Frist von dreißig Tagen, - eventuell zusammen mit der Einlegung von Rechtsmitteln (Frist von 15 Tagen für die Berufung vor der Ratskammer und von 15 Tagen für eine Kassationsbeschwerde) - , erlaubt die Einhaltung der Vorschrift aus dem Rahmenbeschluss, die eine Höchstfrist von 60 Tagen, binnen der die endgültige Entscheidung des Vollstreckungsstaates an den Ausstellungsstaat übermittelt werden muss, vorsieht.

In dem Fall, in dem die verurteilte Person sich bereits im Vollstreckungsstaat befindet, erlaubt die sechzig-tägige Frist es, zu vermeiden, dass die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme während einer zu langen Zeit nicht gewährleistet wäre.

2.6. Anpassung der ausländischen Strafe oder Maßnahme

Wenn die Art oder die Dauer der ausländischen Maßnahme oder Strafe nicht mit belgischem Recht vereinbar sind, kann die Staatsanwaltschaft – Artikel 17 des Gesetzes entsprechend – eine Anpassung vornehmen. Gegebenenfalls setzt sie den Ausstellungsstaat mit jedweden einen schriftlichen Nachweis hinterlassenden Mittel von dem mit Gründen versehenen Beschluss, die Strafe oder die Maßnahme anzupassen, in Kenntnis (Artikel 22, 4. des Gesetzes).

Nach der Anpassung muss die Strafe oder Maßnahme soweit wie möglich mit der im Ausstellungsstaat verhängten Strafe übereinstimmen. Diese Anpassung muss in Anlehnung an ähnliche Straftaten im belgischen Recht erfolgen.

Die Entscheidung, solch ein Anpassungsverfahren einzuleiten oder nicht, obliegt einzig der Staatsanwaltschaft. Die verurteilte Person verfügt in der Tat in dieser Sache über keinerlei Initiativrecht. Zwecks Vermeidung möglicher Eilverfahren aufgrund dieses nicht vorhandenen Initiativrechts ist das Anpassungsverfahren systematisch anzuwenden in allen Fällen, wo die Dauer oder die Art der Strafe *prima facie* unvereinbar mit belgischem Recht erscheinen. Strengt die verurteilte Person infolge der Entscheidung, keine Anpassung vorzunehmen, dennoch ein Eilverfahren an, gilt die Empfehlung, die Staatsanwaltschaft systematisch zu unterrichten, damit die Abgabe eines Gutachtens von Amts wegen erfolgen kann, das die

Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkt, dass Artikel 17 des Gesetzes nicht anzuwenden ist.

Das Ziel der Anpassung besteht nicht darin, die ausländische Strafe oder Maßnahme umzuwandeln, um daraus eine inländische Strafe oder Maßnahme zu machen. Es handelt sich um eine objektive Anpassung, die lediglich darin besteht, die der Verurteilung zugrunde liegende ausländische Straftat mit einer Straftat gleicher Art im belgischen Strafrecht zu vergleichen:

- Liegt die Dauer der Strafe oder Maßnahme über der im belgischen Recht vorgesehenen Dauer, passt die Staatsanwaltschaft die Strafe oder Maßnahme an, wobei die Dauer nicht unter der im belgischen Recht für Straftaten derselben Art vorgesehenen Höchstdauer liegen darf. Folglich darf die Staatsanwaltschaft keine Requalifizierung der Taten vornehmen oder mildernde beziehungsweise erschwerende Umstände des vorliegenden Falles berücksichtigen. Solch eine Begutachtung, die in eine Umwandlung der ausländischen Strafe münden würde, ist ausgeschlossen;

Beispiel: Ein Staatsbürger X wird im Ausstellungsstaat zu einer Arbeitsstrafe von 700 Stunden verurteilt. Der Ausstellungsstaat kann das Urteil und, gegebenenfalls, die Bewährungsentscheidung an Belgien im Hinblick auf die Überwachung dieser Arbeitsstrafe übermitteln. Die Staatsanwaltschaft muss je nachdem die Dauer der Arbeitsstrafe auf 300 Stunden oder auf 600 Stunden reduzieren, da sie aufgrund des belgischen Rechts nicht mehr als 300 Stunden, beziehungsweise 600 Stunden im Wiederholungsfall, betragen darf.

- Ist die Art der Strafe oder Maßnahme unvereinbar mit belgischem Recht, passt die Staatsanwaltschaft die Verurteilung an eine im belgischen Recht vorgesehene Strafe oder Maßnahme für gleichartige Taten an. In diesem Fall wandelt der Prokurator des Königs die ausländische Strafe oder Maßnahme derart um, dass daraus eine in belgischem Recht bekannte und gleichartige Straftat wird. Die Dauer der ausländischen Strafe oder Maßnahme ist unter keinen Umständen neu zu bewerten, es sei denn die Dauer ist unvereinbar mit belgischem Recht.

Beispiel: Ein Staatsbürger X wird im Ausstellungsstaat nach einem sexuellen Übergriff zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Nach Verbüßung einer bestimmten Anzahl Jahre Gefängnis kommt er in den Genuss einer Freilassung unter Auflagen. Die mit seiner bedingten Freilassung einhergehenden Auflagen sind die folgenden: sich in das Register für Sexualstraftäter eintragen lassen, Verbot der Annäherung an Schulen auf weniger als eine bestimmte Distanz und Verpflichtung mit einem Bewährungshelfer zusammen zu arbeiten. Da Belgien diese Art Register für Sexualstraftäter nicht kennt, muss die Staatsanwaltschaft diese Auflage anpassen.

Die Staatsanwaltschaft kann auf gar keinen Fall eine Anpassung vornehmen, wenn die im Ausland verhängte Strafe oder Maßnahme im belgischen Recht zwar besteht, aber für diese Art von begangener Straftat nicht vorgesehen ist. In der Tat wurde die Straftat in einem anderen Rechtssystem begangen und es ist nicht Sache der Staatsanwaltschaft zu überprüfen, welche Strafe oder Maßnahme in Belgien für die gleichen Straftaten verhängt worden wäre.

Die Staatsanwaltschaft beendet die Überwachung der Strafe oder Maßnahme in dem Fall, wo der Ausstellungsstaat die Bescheinigung zurückzieht, und zwar infolge von Angaben hinsichtlich der Anpassung der Art oder Dauer der Strafe oder der Maßnahme.

2.7. Anwendbare Regelung für die Überwachung der ausländischen Strafe oder Maßnahme

Die Überwachung der Strafe oder Maßnahme wird durch belgisches Recht geregelt; dies gilt auch für die Entscheidungen, die bei Nichteinhaltung der mit dem Urteil und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung einhergehenden Auflagen verhängt werden.

Außer bei einer eventuell erfolgten Anpassung durch die Staatsanwaltschaft (siehe Punkt 2.6) ist die Strafe oder Maßnahme, die in Belgien überwacht wird, die Strafe oder Maßnahme, die im Urteil und, gegebenenfalls, in der Bewährungsentscheidung verhängt worden ist.

Die Anerkennung des ausländischen Urteils und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung führt dazu, dass die Strafe oder Maßnahme nach belgischem Gesetz überwacht wird, so als ob es sich um ein von einem belgischen Gericht verhängtes Urteil handeln würde.

Folglich wird die Überwachung und die eigentliche Begleitung der Strafe oder Maßnahme und der - mit dem Urteil und, gegebenenfalls, mit der Bewährungsentscheidung - einhergehenden Auflagen von den zuständigen Behörden unter den gleichen Bedingungen durchgeführt, wie unter den Bedingungen, die in Belgien hätten verhängt werden können⁴.

Die zuständigen belgischen Behörden können über die Ausführungsmodalitäten entscheiden und können alle sich darauf beziehenden Maßnahmen bestimmen. Belgien ist dazu verpflichtet, den Ausstellungsstaat zu unterrichten, wenn eine Begnadigung oder eine Amnestie gewährt wurde (Artikel 22, 5. des Gesetzes).

Die belgischen Behörden sind ebenfalls dafür zuständig, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen, wenn die verurteilte Person sich nicht an die im Urteil und, gegebenenfalls, in der Bewährungsentscheidung verhängten Auflagen hält oder eine neue Straftat begeht. Dies könnte beispielsweise die Widerrufung der Strafe oder Maßnahme bedeuten, dies entsprechend Artikel 13 und 14 des Gesetzes vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung sowie entsprechend den Artikeln 64 und folgende des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung von zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte.

⁴ Siehe insbesondere:

- Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung;
- Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte;
- Gemeinsames Rundschreiben COL Nr. 11/2013 vom 7. Juni 2013 des Ministers der Justiz, des Ministers des Innern und des Kollegiums der Generalprokuratoren bei den Appellationshöfen über die Vollstreckung von Strafen und Maßnahmen und den Informationsaustausch in Bezug auf:
 - die Überwachung von mittels Einhaltung von Auflagen in Freiheit befindlichen Personen
 - das Verfahren zur Fahndung nach verurteilten oder internierten Personen, die flüchtig oder entwichen sind

Die Staatsanwaltschaft kann die Zuständigkeit der Straf- oder Maßnahmenüberwachung in den folgenden Situationen an die Ausstellungsbehörde übertragen:

- entweder wenn die verurteilte Person flüchtet oder keinen gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort mehr hat;

Dies ist der Fall, wenn die Überwachung der Strafe oder Maßnahme unmöglich geworden ist, weil es nicht möglich ist, zu bestimmen, wo sich die verurteilte Person befindet.

- oder auf Ersuchen des Ausstellungsstaates, wenn ein neues Strafverfahren gegen die in diesem Staat verurteilte Person eingeleitet wurde.

2.8. An den Ausstellungsmitgliedsstaat zu übermittelnde Informationen

Die Staatsanwaltschaft muss den Entscheidungsstaat unverzüglich über Folgendes in Kenntnis setzen, und zwar in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht:

1. die Unmöglichkeit, die Strafe oder Maßnahme in der Praxis zu überwachen, weil die verurteilte Person nicht auf belgischem Staatsgebiet zu finden ist,
2. die Entscheidung, das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung anzuerkennen und die Verantwortung für die Überwachung der Strafe oder Maßnahme zu übernehmen,
3. jede mit Gründen versehene Entscheidung, das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung nicht anzuerkennen,
4. die mit Gründen versehene Entscheidung, die Strafe oder die Maßnahme anzupassen,
5. die mit Gründen versehene Entscheidung, ein Urteil und gegebenenfalls eine Bewährungsentscheidung nicht anzuerkennen, wenn Amnestie oder Begnadigung gewährt wird,
6. jede Änderung der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme,
7. den Widerruf des Aufschubs mit Bewährungsaufgaben oder der Entscheidung über die bedingte Freilassung;

In der niederländischen Fassung dieses Rundschreibens steht Folgendes: die in diesem Punkt verwendeten Begriffe sind aus der niederländischen Fassung des Rahmenbeschlusses übernommen worden. Es handelt sich um eine wortwörtliche Übersetzung des englischen Ausgangsdokumentes, das nicht unserem Rechtssystem

entspricht. Dieser Punkt ist deshalb wie folgt zu verstehen: „de herroeping van het probatie-uitstel of de beslissing tot voorwaardelijke invrijheidstelling”;

8. die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe aufgrund der Nichteinhaltung der auferlegten Bedingungen,

9. das Erlöschen der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme,

10. alle Umstände oder Feststellungen, die die Verabschiedung einer oder mehrerer der in den Nr. 6 bis 9 genannten Entscheidungen bewirken könnte.

Wenn die Staatsanwaltschaft der Überwachung der Strafe oder Maßnahme - ungeachtet des Vorhandenseins eines fakultativen Verweigerungsgrundes - zugestimmt hat, muss sie den Entscheidungsstaat ebenfalls durch ein Formular, das gemäß der in Anlage 2 des vorliegenden Gesetzes vorgeschriebenen Form erstellt wird, über jedes Nichtbefolgen der Strafe oder Maßnahme in Kenntnis setzen.

Wenn der Entscheidungsstaat es beantragt, setzt die Staatsanwaltschaft ihn unmittelbar nach Empfang des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung sowie der Bescheinigung über die im belgischen Recht vorgesehene Höchstdauer der Freiheitsstrafe für die dem ausländischen Urteil zugrunde liegende Straftat, die im Fall der Nichteinhaltung der Bewährungsmaßnahmen gegen verurteilte Personen verhängt werden kann, in einer Form in Kenntnis, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht.

Diese Informationen dienen dazu, ein angemessenes Mitverfolgen hinsichtlich der Überwachung der in einem anderen Mitgliedsstaat der europäischen Union verhängten nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme zu gewährleisten.

III. Verfahren über die Anerkennung und die Überwachung eines in Belgien erlassenen Urteils und gegebenenfalls einer Bewährungsentscheidung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union.

In diesem Abschnitt werden die Regeln bestimmt, die für die Übermittlung eines in Belgien ergangenen Urteils und, gegebenenfalls, einer in Belgien ergangenen Bewährungsentscheidung an einen anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union im Hinblick auf die Überwachung der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme gelten.

3.1. Zuständige belgische Behörde

Die belgische Behörde, die als ausstellende Behörde fungiert, ist die Staatsanwaltschaft des gewöhnlichen und gesetzlichen Wohnortes, oder in Ermangelung dessen, des Ortes der Verurteilung.

Als zuständige Ausstellungsbehörde gilt vorrangig die Staatsanwaltschaft des gewöhnlichen und gesetzlichen Wohnortes. Folglich ist bei Akten, in denen eine bedingte Freilassung beantragt oder gewährt wurde und die verurteilte Person ihre Strafe in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union vollziehen möchte, die Behörde, die für die Übermittlung eines Urteils und, gegebenenfalls, einer Bewährungsentscheidung zuständig ist, die Staatsanwaltschaft beim Strafvollstreckungsgericht.

3.2. Anwendungskriterien

3.2.1. Erfordernis der vorherigen Zustimmung des Vollstreckungsstaates

Vor Übermittlung des Urteils, und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung, zusammen mit der Bescheinigung muss die belgische Ausstellungsbehörde immer die Zustimmung des Vollstreckungsstaates einholen, außer in dem Fall, wo der Vollstreckungsstaat der Mitgliedstaat ist, in dem die verurteilte Person ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort hat (siehe Punkt 1.3.3.).

Angeichts des Risikos einer unterschiedlichen Auslegung des Begriffes „gewöhnlicher und gesetzlicher Wohnort“ wird die Staatsanwaltschaft darin bestärkt, diesen Punkt betreffend den Vollstreckungsstaat vorher zu konsultieren.

Die belgische Behörde gibt in der Bescheinigung so viele verfügbare Angaben wie möglich an, insbesondere Angaben, die den gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort sowie auch die Bindungen zu dem Vollstreckungsstaat belegen können.

In allen anderen Fällen muss die vorherige Zustimmung des Vollstreckungslandes vor der Übermittlung des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung vorliegen. Die Behörde, die dafür zuständig ist, die vorherige Zustimmung einzuholen, ist ebenfalls die Staatsanwaltschaft des gewöhnlichen und gesetzlichen Wohnortes, oder in Ermangelung dessen, des Ortes der Verurteilung.

3.2.2. Ziel der Resozialisierung und der sozialen Wiedereingliederung

Ehe sie der zuständigen ausländischen Behörde das Urteil zusammen mit der Bescheinigung übermittelt, muss die Staatsanwaltschaft sich Gewissheit darüber verschaffen, dass die Vollstreckung des belgischen Urteils im Vollstreckungsstaat dazu beiträgt, das Ziel der Resozialisierung und sozialen Wiedereingliederung zu erreichen.

Dazu kann die zuständige belgische Behörde vorab den Vollstreckungsstaat im Hinblick auf einen ersten Meinungsaustausch über das Ziel der Resozialisierung und der sozialen Wiedereingliederung konsultieren.

3.2.3. Ort, an dem die verurteilte Person sich befindet

Die zu einer nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme verurteilte Person muss sich auf belgischem Staatsgebiet oder auf dem Gebiet des Vollstreckungsstaates befinden.

3.3. Verfahren für die Übermittlung des Urteils

Ehe die Staatsanwaltschaft des gewöhnlichen und gesetzlichen Wohnortes, oder in Ermangelung dessen des Ortes, an dem das Urteil ausgesprochen wurde, das Urteil und gegebenenfalls die Bewährungsentscheidung zusammen mit der Bescheinigung verschickt, muss sie prüfen, ob etwaige Gegenanzeigen für eine Zusendung vorliegen. Diese Gegenanzeigen können sich insbesondere aus einem vor ein strafrechtliches oder zivilrechtliches Gericht laufenden Verfahren, aus laufenden Untersuchungen, oder einer gerichtlichen Verfolgung oder aus den Belangen des Opfers ergeben.

Die zuständige Staatsanwaltschaft prüft die Akte im Lichte der gesetzlichen Bedingungen, wobei der Situation der Opfer ganz besondere Aufmerksamkeit beigemessen wird. Ist der Zivilpartei eine Vorauszahlung gewährt worden, prüft die Staatsanwaltschaft den Umfang des endgültigen Schadens und überprüft, an welchem Datum eine Entscheidung zu erwarten ist.

Die Tatsache, dass eine Geldstrafe und/oder Gerichtskosten noch nicht bezahlt sind, darf kein Hindernis für die Zusendung des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung an einen anderen Mitgliedsstaat darstellen. Gegebenenfalls kann das Gesetz vom 5. August 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angewendet werden.

Sobald die Mitteilung über die Entscheidung zur Anerkennung und Vollstreckung bei der ausstellenden Behörde eingeht, setzt die Staatsanwaltschaft die verurteilte Person von der getroffenen Entscheidung in Kenntnis.

3.4. Anwendbare Regelung für die Überwachung der Strafe oder Maßnahme

Im Prinzip wird die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme – einschließlich etwaiger zu treffender Folgeentscheidungen – gemäß dem Recht des Vollstreckungsstaates geregelt.

Jedoch sind im Rahmenbeschluss zwei Fälle vorgesehen, in denen der Vollstreckungsstaat erklären kann, dass er die Übernahme der Zuständigkeit für die zu treffenden Folgeentscheidungen ablehnt:

- wenn die verurteilte Person die auferlegten Bedingungen nicht einhält;
- wenn die verurteilte Person in der Bewährungszeit eine neue Straftat begeht.

In diesen beiden Fällen gelten die in dieser Materie im belgischen Recht anwendbaren Regeln. Zu diesem Zweck übermittelt der Vollstreckungsstaat das in der vorgeschriebenen Form ausgefüllte Formular aus Anlage 2 zum vorliegenden Gesetz. Zur Feststellung dessen, ob der Vollstreckungsstaat von der durch den Rahmenbeschluss gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, bezieht die Staatsanwaltschaft sich auf die Erklärungen, die die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union abgegeben haben (siehe Anlage II).

Neben diesen zwei Fällen übernimmt die Staatsanwaltschaft wieder die Zuständigkeit für die Überwachung der Strafe oder Maßnahme, wenn der Vollstreckungsstaat ihr die Zuständigkeit infolge des Nachstehenden überträgt:

- des Antrags der Staatsanwaltschaft aufgrund eines neuen Strafverfahrens gegen die verurteilte Person in Belgien;

In diesem Fall wendet die Staatsanwaltschaft die im belgischen Recht vorgesehenen Regeln an.

Dies kann beispielsweise den Widerruf der Strafe oder Maßnahme bedeuten, und zwar gemäß Artikel 13 und 14 des Gesetzes vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung sowie Artikel 64 und folgende des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung von zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die den Opfern im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte.

- der Feststellung, dass die verurteilte Person geflüchtet ist und ihren gesetzlichen und gewöhnlichen Wohnort nicht mehr im Vollstreckungsstaat hat.

In diesen beiden Fällen muss die Staatsanwaltschaft den Zeitraum, in dem die verurteilte Person die besonderen mit dem Urteil und, gegebenenfalls, der Bewährungsentscheidung, einhergehenden Bedingungen auf dem Gebiet des Vollstreckungsstaates sowie alle von der Vollstreckungsbehörde getroffenen Entscheidungen eingehalten hat, berücksichtigen.

Die Staatsanwaltschaft kann entscheiden, in den folgenden Fällen die Bescheinigung zu entziehen und die Überwachung der Strafe oder der Maßnahme wieder auf belgischem Staatsgebiet aufzunehmen:

- nachdem der Vollstreckungsstaat seine Entscheidung notifiziert hat, die mit dem Urteil und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung einhergehenden Bedingungen anzupassen;
- nachdem sie auf ihren Antrag hin vom Vollstreckungsstaat in Kenntnis gesetzt worden ist über die Höchstdauer der Freiheitsentziehung, die in dessen Recht

vorgesehen ist für die dem Urteil und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung zugrunde liegende Straftat und die bei Nichteinhaltung der mit dem Urteil und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung einhergehenden Bedingungen gegen die verurteilte Person verhängt werden kann. In diesem Fall muss die Staatsanwaltschaft in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht, den Vollstreckungsstaat von ihrer Entscheidung, die Bescheinigung zu entziehen, spätestens binnen 10 Tagen nach Erhalt der Angaben in Kenntnis setzen.

Die Überwachung der Strafe oder Maßnahme kann auf belgischem Gebiet nur wiederaufgenommen werden, insofern die Überwachung auf dem Staatsgebiet des Vollstreckungsstaates noch nicht begonnen hat.

3.5. Angaben, die dem Vollstreckungsstaat zu übermitteln sind

Die Staatsanwaltschaft setzt den Vollstreckungsstaat unverzüglich über Folgendes in Kenntnis, und zwar in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht:

- den Widerruf des Aufschubs mit Bewährungsaufgaben oder der Entscheidung über die bedingte Freilassung,

In der niederländischen Fassung dieses Rundschreibens steht Folgendes: die in diesem Punkt verwendeten Begriffe sind aus der niederländischen Fassung des Rahmenbeschlusses übernommen worden. Es handelt sich um eine wortwörtliche Übersetzung des englischen Ausgangsdokumentes, das nicht unserem Rechtssystem entspricht. Dieser Punkt ist deshalb wie folgt zu verstehen: „de herroeping van het probatie-uitstel of de beslissing tot voorwaardelijke invrijheidstelling”.

- die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßnahme, wenn diese nicht in dem Urteil und gegebenenfalls in der Bewährungsentscheidung enthalten ist,
- die Festsetzung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßnahme, wenn diese nicht in dem Urteil und gegebenenfalls in der Bewährungsentscheidung enthalten ist,
- das Erlöschen der nicht freiheitsentziehenden Strafe oder Maßnahme.

4. Evaluierung

Die Anwendung des vorliegenden Rundschreibens muss spätestens zwei Jahre nach dessen Inkrafttreten durch das Kollegium der Generalprokuratoren evaluiert werden.

Zu diesem Zweck wird das Kompetenznetz für Strafvollstreckung einen Bewertungsbericht verfassen.

Die Ergebnisse dieser Bewertung werden dem Minister der Justiz und dem Kollegium der Generalprokuratoren übermittelt.

Anlagen

- I. Schematische Darstellung des Verfahrens
- II. Tabelle des EU-Rates mit dem Stand der Dinge in Sachen Umsetzung und Erklärungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (eventuell erfolgte Aktualisierungen sind zu prüfen via Memos der Kompetenznetze für Internationale Justizielle Zusammenarbeit).
- III. Allgemeiner rechtlicher Rahmen

Brüssel, den 19/08/2014

Der Minister der Justiz

Maggie DE BLOCK

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Lüttich, Vorsitzender des
Kollegiums der Generalprokuratoren

Christian de VALKENEER

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Mons

Ignacio de LA SERNA

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Gent

Anita HARREWYN

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Brüssel

Johan DELMULLE

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Antwerpen

Patrick VANDENBRUWAENE